



# Aspekte

Hochschulpolitische Informationen des Verbandes der Hochschullehrerinnen  
und Hochschullehrer an Fachhochschulen in Bayern e.V.

Mai  
2012  
Nummer 1

## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Landesdelegiertenversammlung</b>	<b>2</b>
1.1 Einleitung . . . . .	2
1.2 Vortrag Oliver Jörg . . . . .	2
1.3 Diskussion . . . . .	3
1.4 Berichte aus den Hochschulgruppen . . . . .	4
1.5 Bericht des Vorstandes . . . . .	4
1.5.1 Mitgliederservice . . . . .	4
1.5.2 Verbandsinterne Tätigkeiten . . . . .	5
1.5.3 Novellierung Besoldungs- und Hochschulgesetze . . . . .	5
1.5.4 Öffentlichkeitsarbeit . . . . .	7
1.6 Bericht des Schatzmeisters . . . . .	7
1.7 Entlastung des Vorstands und Wahl . . . . .	8
1.8 Entwicklungen im hlb . . . . .	8
1.8.1 Aktivitäten . . . . .	8
1.8.2 Rechtsschutz . . . . .	8
1.8.3 Finanzsituation . . . . .	8
1.9 Wichtige Beschlüsse . . . . .	9

# 1 Landesdelegierten- versammlung

## 1.1 Einleitung

Die diesjährige Landesdelegiertenversammlung fand am 20. /21. April in Neu-Ulm statt. Sie begann mit einem Vortrag von Oliver Jörg, Vorsitzender des Hochschulausschuss des Bayerischen Landtags, mit anschließender Diskussion. Es folgten die Berichte aus dem Hochschulgruppen. Der zweite Tag startete mit dem Bericht des Vorstandes über das vergangene Jahr, dem Kassenbericht des Schatzmeisters, der Entlastung des Vorstandes und der Wahl eines neuen Vorstandsmitglieds für einen ausscheidenden Kollegen. Nach einer kurzen Kaffeepause schloss sich der Bericht zu neueren Entwicklungen in unserem Bundesverband hlb an. Nach der anschließenden Diskussion wurden wichtige Beschlüsse gefasst.

## 1.2 Vortrag Oliver Jörg

Mit einem Rückblick auf den 23. Oktober 2010, an dem eine Kreisvorstandssitzung des CSU-Kreisverbandes anberaunt war, startete Herr Jörg seine Ausführungen. Die Sitzung wurde von Protesten der Hochschulleitung, Dekanen, Professoren und ca. 600 Studenten der Hochschule Würzburg-Schweinfurt begleitet. Er sei vor die Demonstranten

getreten und habe versprochen, sich für die Interessen der Hochschule einzusetzen. Es stand an, den doppelten Abiturjahrgang zu bewältigen und die Studienbeiträge mit einem Mitspracherecht der Studenten zu versehen. Wegen Wegfalls der Wehrpflicht habe er 5500 Studienplätze mehr gefordert; zusätzlich seien aktuell weitere 10 000 Studienplätze an Fachhochschulen und Unis geplant.

Vor zwei Jahren sei das Berufsrecht an die Hochschulen übergeben worden. Die Evaluation liege vor. Demgemäß konnte die Zeitspanne bis zur Besetzung neuer Stellen verkürzt werden. Dies gelte vor allem für die Fachhochschulen und weniger für die Unis.

Der sieben Prozent-Topf ist nach Auffassung von Herrn Jörg für Forschung an Fachhochschulen zu gering. Denn nach Abzug von etwa fünf Prozent für sonstige Aufgaben verbliebe für die Forschung an Fachhochschulen lediglich zwei Prozent. Hinsichtlich der Vergabe des Markennamens "Technische Hochschule", so war zu erfahren, solle ein externes Gremium entscheiden.

Herrn Jörg wies darauf hin, dass die Mehrzahl der Exzellenz- und Forschungszentren sich in München befänden. Jörg würde sich wünschen, dass, quasi als Gegenpol, Netzwerke bestehend aus Fachhochschulen, Unis und Unternehmen in den Regionen entstünden.

Künftig werde es einen zweiten studentischen Vertreter im Senat geben; die verfassungsrechtliche Mehrheit würde gewahrt, da die Anzahl der Professoren in diesem Gremium ebenfalls steigt. Diese Änderung greift sinngemäß auch bei dem Hochschulrat.

Die Freien Wähler hätten die Stimmen für ihr Volksbegehren zur Abschaffung der Studienbeiträge zusammen. Dennoch stehe die CSU zu den Studienbeiträgen. Sie könnten über Darlehen finanziert werden. Künftig sollen sie mit einer Zinsobergrenze von fünf Prozent ausgestattet werden. Zudem sei wenig bekannt, dass niemand mehr als 15 000 € (inklusive Bafög) zurückzahlen müsse.

Es bestünden an manchen Hochschulen noch beträchtliche Mittel an Studienbeiträgen. Sofern es jedoch einen sachlichen Grund gäbe, solche Mittel nicht völlige abzuschmelzen, so soll dies nach Herrn Jörgs Ansicht möglich sein.

### **1.3 Diskussion**

Herr Grabinski (Neu-Ulm) spricht sich für eine Planung von unten nach oben aus. Denn bei Planungen würde zu wenig berücksichtigt, dass, bei einem Anwachsen der Studentenzahlen über ein bestimmtes Niveau hinaus, bislang fixe Kosten sprunghaft ansteigen. Herr Jörg verwies darauf, dass das Parlament lediglich Gesetze

beschließen und Mittel einstellen könne. Der zuständige Wissenschaftsminister setzte die Planung von unten nach oben um.

Gemäß Walter Kurz (Kempten) begrenze die hohe Lehrbelastung an Fachhochschulen andere Aktivitäten. Viele junge Kollegen möchten forschen, aber sie werden über Lehre bereits ausgelastet und für Forschung bliebe keine Zeit. Demotivation sei die Folge. Herr Jörg entgegnete, dass in den nächsten Doppelhaushalt mehr als 100 Stellen an Fachhochschulen eingeplant würden, um von 19 auf 18 Stunden pro Woche zu kommen.

Herr Müllich (München) stellte klar, dass die Verringerung von 19 auf 18 Semesterwochenstunden die Rücknahme eines Vertrauensbruchs sei. Man solle jetzt nicht so tun, als sei dies eine Wohltat, die den Professoren zugute käme. Dieser Einwand wurde von Herrn Jörg akzeptiert.

Wolfgang Baier (Regensburg) wies darauf hin, dass unklar sei, wie Forschungsprofessuren innerhalb der Hochschulen ausgelobt werden sollten. Zudem seien sie nicht vollständig finanziert. Ein Großteil der laufenden Aktivitäten werden über Sonderprogramme finanziert. Diese Mittel müssten irgendwann in den normalen Haushalt überführt werden.

Auf die Frage von Frau Bartke (Weihenstephan), wie sich der Redner zur Bologna stelle, antwortete dieser, dass die Verantwortlichkeit be-

züglich Bologna diffus sei. Herr Steinmeier (Nürnberg) meinte, dass Fachhochschulen gut geeignet seien, Forschung in die Fläche zu bringen. Zu diesem Zweck seien zwölf Semesterwochenstunden angezeigt. Herr Jörg sieht diesen Weg als vielversprechender an als den über Forschungsprofessuren.

Nach Ansicht von Herrn Schaul (Baden Württemberg) sei es möglich, alle Professorenstellen mit W3 auszustatten. Dies koste zwar viel, aber man solle sich hierbei nicht an finanzschwachen Bundesländern orientieren.

Das Thema Promotionsrecht wurde von Herrn Rossner (Coburg) zum Thema gemacht. Nach Ansicht von Herrn Jörg solle man das kooperative Promotionsrecht erst einmal wirken lassen. Die Diskussionsrunde wurde nach der Stellungnahme des Herrn Bär (Gründungspräsident der Hochschule Amberg-Weiden) beendet: "Sie sollten dankbar sein für einen Verband, der weniger gewerkschaftlich sondern hochschulpolitischen agiert".

## 1.4 Berichte aus den Hochschulgruppen

In praktisch allen Hochschulen sei die Mitgliederentwicklung entweder steigend oder stabil. Hinsichtlich Forschungsprofessur wurde angemerkt, dass die organisatorische Abwicklung

völlig unklar sei. "Welche Störungen ergeben sich hieraus?" wurde gefragt.

Mehrmals wurde darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und wissenschaftlichem Bereich/Lehre Schwächen aufweise. Die Entlastung über Entlastungstunden sei angesichts der Aufgaben zu gering. Überlastung (speziell wegen Berufungen) wurde generell als Problem angeführt.

Mitgliederversammlungen wurden an mehreren Hochschulen nur sehr mäßig besucht. Stimmen wurden laut, dass die Mitgliederverwaltung zentralisiert werden sollte. Das Werbematerial des VHB sei bei einigen Hochschulgruppen ausgegangen. Die VHB-Aspekte wurde gelobt, doch sie könnte öfters erscheinen.

## 1.5 Bericht des Vorstandes

Die Tätigkeiten des Vorstandes bestehen aus

- Mitgliederservice,
- verbandsinternen Tätigkeiten,
- Kontakten zu Politikern und Ministerien sowie
- Öffentlichkeitsarbeit.

### 1.5.1 Mitgliederservice

Der Vorstand steht seinen Mitgliedern beispielsweise bei Fragen zu

Dienstrecht, Besoldung oder Pension zu Verfügung. Hierbei wird er, falls nötig, tatkräftig von der hlb-Geschäftsstelle in Bonn unterstützt. Insbesondere hat in der jüngeren Vergangenheit der Aufwand für Rechtsberatung zugenommen.

Insbesondere die Mitgliederwerbung über das DIZ-Seminar nimmt zeitlich breiten Raum ein. Seit 2008 finden im Rahmen der Neuberufenen-Seminare so genannte Kaminabende statt, bei denen die Teilnehmer einen Vertreter einer Hochschulleitung und ein Mitglied des VHB-Vorstandes (entweder Vilsmeier, Bayer, Kurz oder Kulla) befragen können. Waren es im Jahr 2009 noch zehn Termine, so hat sich die Zahlen zwischenzeitlich mehr als verdoppelt. Diese Aktivität hat sich in deutlich gestiegenen Mitgliederzahlen bemerkbar gemacht.

### 1.5.2 Verbandsinterne Tätigkeiten

Einmal jährlich finden verschiedene Kontakte statt. Dies gilt für die bayerische Landesdelegiertenversammlung und es gilt auch für die Delegiertenversammlung unseres Bundesverbandes hlb, die im vergangenen Jahr in Saarbrücken war und in diesem Jahr in Lübeck stattfindet. Mindestens einmal jährlich findet ein Treffen der Landesvorsitzenden des hlb (bzw. VHB) statt; in den vergangenen zwölf

Monaten waren es wegen außergewöhnlicher Umstände zwei. Einmal im Jahr treffen sich die Vorstände von hlb-Baden-Württemberg/vhw-Baden-Württemberg sowie hlb-Niedersachsen und VHB. Zudem finden Aussprachen zwischen Verbandsvertretern der Schweiz, Baden Württemberg und Bayern statt, im letzten Jahr war die Fachhochschule in Windisch (Schweiz) Gastgeber.

### 1.5.3 Novellierung Besoldungs- und Hochschulgesetze

**Änderungen 2011** Die Novellierungen des bayerischen Hochschulgesetzes und des bayerischen Hochschul-Personalgesetzes sind seit 1. März 2011 in Kraft. Im Vorfeld hat der VHB-Vorstand hierzu Stellungnahmen abgegeben. Bei der Umsetzung der Anhebung des Grundgehaltes kam es insbesondere bei jenen, die Vertrauensschutz genießen, zur Problemen, denen sich der VHB angenommen hat.

### Änderungen 2012

**Technische Hochschule** Aktuell steht die Novellierung des bayerischen Hochschulgesetzes (Artikel 1, Absatz 2) an. Demgemäß kann mit Zustimmung des Ministeriums die Grundordnung vorsehen, dass anstelle " Fachhochschule" eine andere profiladäquate Bezeichnung, insbesonde-

re "Technische Hochschule" geführt werden kann. Hierzu hat der VHB am 30. Januar dieses Jahres eine Stellungnahme abgegeben. Sie entspricht den Ausführungen, die in der VHB-Aspekte vom Dezember 2011 abgedruckt wurde.

**Besoldung** Nach einer „Nullrunde“ in 2011 kam es zum 1. Januar 2012 zu einer 1,9-prozentigen Erhöhung + 17 Euro; am 1. November 2012 soll eine weitere Erhöhung um 1,5 Prozent erfolgen. Zu ihrer Information wird ein kleiner Überblick über die Lage zum 1. Januar 2012 gegeben:

W2-Grundgehalt	4500,60	€
C2-DA 10:	4494,94	€
C3-DA 15:	5921,70	€
W2 m.V.-Schutz	5770,76	€

In der VHB-Aspekte, Dezember 2012 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die W-Besoldung auf Verfassungsmäßigkeit geprüft wird. Am 14. Februar 2012 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das W2-Grundgehalt in Hessen nicht amtsangemessen ist. Aus diesem Grund sind in Bund und Land Neuregelungen notwendig.

Es scheint so, dass zur Beurteilung der Amtsangemessenheit die Relation von W2-Grundgehalt zu A-Besoldung entscheidend ist. Aus diesem Grund ist davon auszugehen,

dass auch das bayerische Grundgehalt nicht amtsangemessen ist. Zur Wahrung ihrer Ansprüche ist es empfehlenswert, noch in 2012 Widerspruch einzulegen. Nötige Hinweise und eine Mustervorlage eines Widerspruchs werden rechtzeitig vom hlb-Bundesverband zur Verfügung gestellt, der eigens einen hlb-Arbeitskreis zur W-Besoldung einrichtet.

Die Position des VHB zur W-Besoldung ist wie folgt. Die Struktur der W-Besoldung, d.h. Grundgehalt und Leistungsbezüge, sollten beibehalten werden. Das Grundgehalt muss erhöht werden; dies kann ggf. in zwei Stufen erfolgen. Unabdingbar ist eine Erhöhung des Besoldungsdurchschnitts. Der VHB hält eine Übergangsregelung für erforderlich: eine volle Anrechnung der Grundgehaltserhöhung auf die Leistungsbezüge sollte vermieden werden.

**Lehrverpflichtung und Neufassung LUVF** Im Zuge der Arbeitszeitverkürzung der Beamten in Bayern soll ab Sommersemester 2013 einer Absenkung der Semesterwochenstunden auf 18 erfolgen. Diese Regelung ist zwar noch nicht beschlossen, aber neue Stellen zum Ausgleich der Lehrkapazität sind bereits genehmigt.

Derzeit wird der Entwurf für eine Neufassung der LUFV erarbei-

tet. Neu aufgenommen werden soll eine Experimentierklausel, die es erlaubt, einen sogenannten 'Lehrverpflichtungspool', z.B. pro Fakultät, einzurichten. Demgemäß soll es möglich sein, dass die Lehrverpflichtung einzelner Professoren erhöht wird, um die anderer entsprechend absenken zu können. Der Vorstand des VHB sieht eine solche Regelung als nicht akzeptabel an.

Zudem sollen die Bedingungen zur 'Ausgleichsregelung' großzügiger gestaltet werden. Damit ist § 7 der LUFV angesprochen, in der 'abweichende Regelungen zur Höhe der Lehrverpflichtung' festgelegt sind. Schließlich sollen Regelungen zur Forschungsprofessur aufgenommen werden. Es ist vorgesehen, dass sie ausschließlich befristet gewährt werden, wobei 50% für Lehre und der Rest für Forschung vorgesehen sind.

**Hochschulausbau** Der Staat hat seine Zusagen eingehalten und die HAWen haben die Vorgaben übererfüllt. Dennoch gibt es nach wie vor sehr viele Probleme durch die Verzögerung bei Neuberufenen. Viele Kolleginnen und Kollegen fahren eine hohe Überlast, die weit über die Regellehrverpflichtung hinausgeht. Berufungen und die Einrichtung neuer Studiengänge führen weiterhin zu einer hohen Belastung der Professorinnen und Professoren.

#### 1.5.4 Öffentlichkeitsarbeit

Neben den VHB-Aspekten unterstützt der Vorstand die Hochschulgruppen bei ihren Veranstaltungen vor Ort. Referenten können zu folgenden Themen eingeladen werden:

- W-Besoldung,
- Regelungen zum Ruhegehalt,
- Nebentätigkeit (inklusive unterrichten die Tätigkeit) sowie
- Rechte und Pflichten der Hochschullehrer.

Eine Bitte zum Schluss: sofern sie geeignete Referenten zu interessanten Themen kennen, so teilen Sie uns dies bitte mit. Vielen Dank!

#### 1.6 Bericht des Schatzmeisters

Unser Schatzmeister, Bernhard Kulla, stellte tabellarisch die Entwicklung des Verbandes zum Jahresende 2011 vor. Es zeigt sich eine sehr erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahlen: von 1070 im Jahre 2009 ist sie angestiegen auf 1219 zum Jahresende 2011. Der Bestand an Forderungen abzüglich Verbindlichkeiten (= Geldvermögen) war zwar in den letzten Jahren stets positiv, da aber in den vergangenen Jahren die Ausgaben höher als die Einnahmen waren, hat sich das Geldvermögen im Lauf der Jahre verringert. Insbesondere die



Aktivitäten zur Akquirierung neuer Mitglieder in den DIZ-Seminaren hat sich in höheren Ausgaben niedergeschlagen.

## 1.7 Entlastung des Vorstands und Wahl

Nach Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes stand die Wahl eines neuen Vorstandsmitglieds für den ausscheidenden Dr. Wolfgang Baier an, der seit Beginn des neuen Semesters das Amt des Präsidenten der HAW Regensburg inne hat. Wir wünschen ihm für seine neue Aufgabe viel Erfolg und die nötige Gelassenheit. Als Nachfolgerin wurde Frau Dr. Ilse Bartke gewählt: Wir heißen sie als neues VHB-Vorstandsmitglied herzlich willkommen.

## 1.8 Entwicklungen im hlb

### 1.8.1 Aktivitäten

In letzter Zeit hat sich der hlb-Bundesverband insbesondere bei der Vertretung unser Interessen bei dem Bundesverfassungsgericht hervorgetan. Der Vorsitzende, Dr. Müller-Bromley, konnte insbesondere mit der einzig verfügbaren Umfrage zur Lage der W-Besoldung, die der hlb vor einigen Jahren durchgeführt hatte, punkten.

Das hlb-Präsidium hält Kontakt mit anderen Bundesverbänden wie

auch zur Bundespolitik und zu Bundesministerien, insbesondere bei Anhörungsverfahren. Es findet ein reger Austausch mit europäischen Hochschulorganisationen statt. Er unterstützt und berät die Landesverbände und gibt ggf. auch gegenüber einzelnen Mitgliedern Auskunft und Beratung.

### 1.8.2 Rechtsschutz

Über den hlb-Bundesverband erhalten auch VHB-Mitglieder Rechtsberatung und -schutz. Vermutlich durch die Einführung der W-Besoldung ist die Nachfrage nach Rechtsberatung in den vergangenen Jahren angestiegen und auch der damit verbundene Aufwand. Derzeit beträgt der anteilige Beitrag hierfür 4,80 € plus 2,40 € für Rückstellungen. Der hlb plant eine Neuregelung des Rechtsschutzes und eine "Rechtsschutzsatzung".

### 1.8.3 Finanzsituation

Auch bei dem hlb-Bundesverband übersteigen die Ausgaben in 2011 die Einnahmen. Dies ist der allgemeinen Kostensteigerung und verschiedenen Ausgaben geschuldet. Der Beitrag an den hlb ist pro Mitglied seit ca. 25 Jahren unverändert. Die Finanzierung dieses Defizits kann über vorhandene Rücklagen erfolgen. Auf Dauer wird diese Situation, ähnlich wie beim VHB, nicht aufrechtzuerhalten.



ten sein und eine Beitragserhöhung notwendig werden.

## 1.9 Wichtige Beschlüsse

**Erhöhung VHB-Mitgliedsbeitrag** Nach ausgiebiger Diskussion stellt der Vorsitzende den Antrag, dass der Mitgliedsbeitrag zum 1.1.2013, hilfsweise zum nächstmöglichen Termin, um zehn Euro auf 102 € erhöht wird. Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde der Antrag angenommen. Erwähnt werden sollte an dieser Stelle, dass der VHB-Mitgliedsbeitrag seit über 20 Jahren nicht erhöht wurde.

**Kassen der Hochschulgruppen** Unser Schatzmeister, Kollege Bern-

hard Kulla, stellt den Antrag, dass alle Guthaben der einzelnen Hochschulgruppen aus den Beträgen, die einen Wert von fünf Euro pro Mitglied übersteigen, an die zentrale Kasse abzuführen sind. Ein Sockelbetrag von 250 € verbleibt bei den Hochschulgruppen, unabhängig von der Mitgliederzahl. Dieser Antrag wurde ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung angenommen.

**Referenten** Kollege Friedrich Vilsmeier, stellte den Antrag, die Referentenliste zu bestätigen. Der Antrag wurde ohne Gegenstimme mit zwei Enthaltungen angenommen. Einen Überblick gibt folgende Tabelle.

Aufgabenbereich	Referenten
Mitgliederverwaltung	J. Höcht
Neuberufene	A. Deinzer
Juristische Fragen	P. Meyer
Genderthematik	H. Stumpf
Vertretung Ausbildungsrichtung Sozialwissenschaften	H. Sollfrank
EDV	E. Schicker
Besoldung und Pension	NN
Forschung an HAWen	NN

## Impressum

Verband der Hochschullehrerinnen  
und Hochschullehrer an Fachhoch-  
schulen in Bayern e.V.

Internet:

<http://www.vhb-bayern.de>

 **Aspekte**

Herausgeber:

Verband der Hochschullehrerinnen  
und Hochschullehrer an Fachhoch-  
schulen in Bayern e.V.

Verantwortlich:

Prof. Dr. Friedrich Vilsmeier, Ignaz-  
Schön-Straße 11, 97421 Schweinfurt  
E-Mail: [friedrich.vilsmeier@fhws.de](mailto:friedrich.vilsmeier@fhws.de),  
Tel.: 09721-940-801

Redaktion:

Prof. Dr. Reiner Hellbrück, E-Mail:  
[reiner.hellbrueck@fhws.de](mailto:reiner.hellbrueck@fhws.de),  
Tel.: 0931-3511-8490